

## **Kirchliches Verfassungs- und Verwaltungsgericht der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau**

**Beschluss des Präsidiums über die Zusammensetzung der Kammern,  
die Vertretung der Mitglieder, die Geschäftsverteilung und die Geschäftsordnung  
für die Zeit vom 1. Januar 2008 bis 31. Dezember 2010**

**Vom 2. Dezember 2007 (ABl. 2008 S. 83)**

### **A. Anzahl der Kammern**

Es bestehen zwei Kammern.

### **B. Regelbesetzung der Kammern**

1. Die **1. Kammer** ist wie folgt besetzt:

Vorsitzender: Der Präsident

Vorsitzender Richter am Verwaltungsgericht Dr. Schneider

Rechtskundige Beisitzer in der Reihenfolge des Dienstalters:

Vorsitzender Richter am Oberlandesgericht a. D. Remlinger

Vorsitzender Richter am Landgericht a. D. Dr. Christmann

Universitätsprofessor Dr. Laubinger

Pfarrerbeisitzer:

Dekan a. D. Schwarz

2. Die **2. Kammer** ist wie folgt besetzt:

Vorsitzender: Der Stellvertreter des Präsidenten

Vorsitzender Richter am Oberlandesgericht a. D. Dr. Eschke

Rechtskundige Beisitzer in der Reihenfolge des Dienstalters:

Rechtsanwalt und Notar von Schlabrendorff

Vorsitzender Richter am Verwaltungsgericht Schecker

Vorsitzender Richter am Oberlandesgericht Bickel

Pfarrerbeisitzer:

Pfarrer Jäger

### **C. Vertretung der Vorsitzenden**

1. Die Vorsitzenden werden von dem dienstältesten rechtskundigen Regelmitglied ihrer Kammer vertreten. Sind der Vorsitzende und sein regelmäßiger Vertreter verhindert, übernimmt das verbleibende dienstälteste rechtskundige Regelmitglied der Kammer den Vorsitz. Ist danach eine Vertretung in der Kammer nicht möglich, so wird der Vorsitzende der betroffenen Kammer von dem Vorsitzenden der anderen Kammer vertreten.
2. Besteht auch diese Vertretungsmöglichkeit nicht, so sind die rechtskundigen Regelbeisitzer der anderen Kammer, hilfsweise die rechtskundigen Vertreter der betroffenen Kammer und danach die rechtskundigen Vertreter der anderen Kammer in der Reihenfolge ihres Dienstalters zur Vertretung berufen.

### D. Vertretung der Beisitzer

1. Die Regelbeisitzer der **1. Kammer** werden wie folgt vertreten:
  - Vorsitzender Richter am Oberlandesgericht a. D. Remlinger durch
    - erster Vertreter: Ministerialdirigent a. D. Dr. Sauer
    - zweite Vertreterin: Ministerialrätin Böhme
  - Vorsitzender Richter am Landgericht a. D. Dr. Christmann
    - erster Vertreter: Präsident des Amtsgerichts Dr. Schreiber
    - zweiter Vertreter: Ministerialdirigent a. D. Dr. Sauer
  - Universitätsprofessor Dr. Laubinger durch
    - erste Vertreterin: Weitere aufsichtführende Richterin am Amtsgericht Bürger
    - zweiter Vertreter: Präsident des Amtsgerichts Dr. Schreiber
  - Dekan a. D. Schwarz durch
    - erster Vertreter: Pfarrer Dr. von Oettingen
    - zweiter Vertreter: Pfarrer Jäger
2. Die Regelbeisitzer der **2. Kammer** werden wie folgt vertreten:
  - Rechtsanwalt und Notar von Schlabrendorff durch
    - erste Vertreterin: Ministerialrätin Böhme
    - zweiter Vertreter: Präsident des Amtsgerichts Dr. Schreiber
  - Vorsitzender Richter am Verwaltungsgericht Schecker durch
    - erster Vertreter: Ministerialdirigent a. D. Dr. Sauer
    - zweite Vertreterin: Weitere aufsichtführende Richterin am Amtsgericht Bürger
  - Vorsitzender Richter am Oberlandesgericht Bickel durch
    - erste Vertreterin: Weitere aufsichtführende Richterin am Amtsgericht Bürger
    - zweite Vertreterin: Ministerialrätin Böhme
  - Pfarrer Jäger durch
    - erster Vertreter: Pfarrer Dr. von Oettingen
    - zweiter Vertreter: Dekan a. D. Schwarz
3. Ist die vorstehende Vertretungsregelung für die rechtskundigen Beisitzer erschöpft, so ist der jeweils dienstjüngste rechtskundige Vertreter der betroffenen Kammer, hilfsweise der jeweils dienstjüngste rechtskundige Regelbeisitzer der anderen Kammer und danach der jeweils dienstjüngste rechtskundige Vertreter der anderen Kammer zur Vertretung berufen.

### E. Vertretungsfall

Ein Vertretungsfall liegt vor, wenn ein nach der Geschäftsverteilung berufenes Mitglied des Gerichts offensichtlich verhindert ist oder sich für verhindert erklärt. Wer als Vertreter eingetreten ist, wirkt in derselben Sache bis zu ihrer vollen Erledigung mit; erst wenn er verhindert ist, tritt das ordentliche Mitglied der Kammer oder ein vorrangiger Vertreter an seine Stelle.

### F. Verteilung der Geschäfte

1. Die **1. Kammer** ist zuständig
  - a) für Entscheidungen nach § 2 Ziffer 1 KVVG (abstrakte Normenkontrolle),
  - b) für Entscheidungen nach § 2 Ziffer 2 KVVG (Organstreitigkeiten),

- c) für Entscheidungen nach § 2 Ziffer 3 KVVG (Beschwerden gegen synodale Beschlüsse),
  - d) für Entscheidungen nach § 20 des Kirchengesetzes über das Kollegium für theologische Lehrgespräche (Rüge von Verfahrensverstößen),
  - e) für Entscheidungen nach § 3 KVVG, wenn die Klageschrift erwarten lässt, dass ein Schwerpunkt des Rechtsstreits in der Anwendung und der Auslegung der Kirchenordnung liegt oder dass als Vorfrage eine Gültigkeitsprüfung von Bestimmungen eines Kirchengesetzes, einer kirchlichen Verordnung oder eines Rechtsetzenden Beschlusses der Kirchensynode vorzunehmen ist (Verwaltungsstreitverfahren mit verfassungsrechtlichem Einschlag),
  - f) für Entscheidungen nach der Kirchengemeindewahlordnung.
2. Die **2. Kammer** ist zuständig
- a) für Entscheidungen nach § 3 Abs. 1 Ziffer 1 KVVG (Anfechtungsklagen),
  - b) für Entscheidungen nach § 3 Abs. 1 Ziffer 2 KVVG (Verpflichtungsklagen),
  - c) für Entscheidungen nach § 3 Abs. 1 Ziffer 3 KVVG (Feststellungsklagen),
  - d) für Entscheidungen nach § 3 Abs. 3 KVVG (sonstige kirchengesetzliche Übertragung),

soweit nicht jeweils die erste Kammer zuständig ist.

### **G. Zuständigkeitsbestimmung**

1. Die Geschäftsstelle legt die bei Eingang eines Antrags anzulegende Akte dem Vorsitzenden der zuständigen Kammer vor. Zu seiner Unterrichtung erhält der Vorsitzende der anderen Kammer eine Kopie des eingegangenen Antrags.
2. Ist nicht eindeutig, welche Kammer zuständig ist, so stimmen sich die Vorsitzenden der beiden Kammern ab. Falls keine Übereinstimmung zustande kommt, entscheidet auf Antrag eines Kammervorsitzenden das Präsidium.
3. Die Entscheidung des Präsidiums ist den Verfahrensbeteiligten mitzuteilen; sie ist endgültig.

### **H. Vertretung im Präsidium**

1. Der Präsident und sein Stellvertreter werden vertreten durch den dienstältesten rechtskundigen Beisitzer.
2. Der dienstälteste Pfarrer wird durch den im Dienstalter nächstfolgenden Pfarrer vertreten.

### **I. Dienstalter**

Das Dienstalter der rechtskundigen Beisitzer richtet sich nach dem Tag ihrer Wahl zum Mitglied des Kirchlichen Verfassungs- und Verwaltungsgerichts; das Dienstalter der Pfarrer richtet sich nach dem Tag ihrer Ordination. Bei gleichem Dienstalter ist das Lebensalter maßgebend.

### **J. Behandlung von Eingaben**

Geht bei einem Mitglied des Gerichts eine Eingabe ein, die keinen privaten Charakter trägt, so soll diese der Geschäftsstelle zugeleitet werden, die die Eingabe wie einen Antrag behandelt.

**K. Aufbewahrung dienstlicher Schriftstücke**

Dienstliche Schriftstücke (z. B. Schriftsatzabschriften, Schriftwechsel der Richter, Voten, Entscheidungsabschriften), die das einzelne Mitglied – nach seinem Ermessen – aufbewahrt, sind in besonderer Akte zu sammeln. Diese soll, wenn das Mitglied aus dem Gericht ausscheidet, an die Geschäftsstelle abgegeben werden. Dasselbe gilt für die Entscheidungssammlung des Gerichts und sonstiges zur Verfügung gestelltes Arbeitsmaterial (z. B. Gesetzestexte).

**L. Umlaufverfahren**

Die Geschäftsverteilung und Geschäftsordnung und etwaige Änderungen können im Umlaufverfahren von den Mitgliedern des Präsidiums beschlossen werden.

**M. Geltungsdauer**

1. Dieser Beschluss gilt bis zum 31. Dezember 2010.
2. Die Zuständigkeits- und Besetzungsregelungen können während der Geltungsdauer bei Änderung des Kirchengesetzes über das Kirchliche Verfassungs- und Verwaltungsgericht, bei der Neuzuweisung von Aufgaben, bei Überlastung einer Kammer und bei personellen Veränderungen geändert werden.